

ANGRIFFE DER EXTREMEN RECHTEN

Gegenstrategien für zivilgesellschaftliche Akteur*innen



Die extreme Rechte möchte die Akteurslandschaft der demokratischen Zivilgesellschaft in Deutschland grundlegend und nachhaltig in ihrem Sinne verändern. Das bedeutet, sie möchte im Zug einer politischen Bewegung von rechts bestehende, ihr nicht genehme Projekte, Einrichtungen und Träger abschaffen bzw. beenden und an ihre Stelle eigene setzen.

„Freiheit, Sicherheit und Wohlstand befinden sich in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend auf dem Rückzug. Sie werden geopfert auf dem Altar eines maßlosen Kosmopolitismus und linksradikaler Gesellschaftspolitik. Alle jene, die sich dieser Selbstzerstörung in den Weg stellen, müssen mit medialer Diffamierung und zunehmender staatlicher Repression rechnen. Mein Name ist Markus Walbrunn und ich mache Politik aus Notwehr.“

Mit diesen Worten stellt sich der Vorsitzende des AfD-Kreisverbands München-West und Landtagsabgeordnete, Markus Walbrunn, auf seiner Internetseite vor und zeigt gleichzeitig deutlich den AfD-Blick auf die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik:

Aus Sicht der extremen Rechten stellt diese eine grundsätzliche politisch-gesellschaftliche Schieflage gegen die eigenen Positionen und Akteur*innen dar. Sie strickt permanente Opferrollenerzählungen, mit denen sie sich selbst als Opfer gesellschaftlicher Zustände inszeniert, um sich die vermeintliche Legitimation für Angriffe auf ihre politischen Gegner*innen zu verschaffen.

Diese vermeintliche Schieflage zu beseitigen, bedeutet auch, die hierfür verantwortlichen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen anzugehen, die sich zum Beispiel für einen wertschätzenden Umgang mit geschlechtlicher, religiöser und sexueller Vielfalt oder geflüchteten Menschen einsetzen.

Die extreme Rechte ist auch in Bayern angetreten, um mit ihren Netzwerken aus Parteien, Online-Plattformen, Medien, Vereinen und Stiftungen diesen Kampf gegen Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft, gegen Medien, Kirchen und demokratische Institutionen zu führen, welche ihr als Teil der Feindbestimmung „das System“ gelten.

Der extremeren Rechten ist diese Auseinandersetzung ein zentraler Auftrag, den sie als wichtigen Bestandteil ihres politischen Kerngeschäftes unter Einsatz ihrer stetig wachsenden Ressourcenausstattung betreibt. In ihren Netzwerken arbeiten unterschiedliche Akteur*innen arbeitsteilig zusammen und bringen die Werkzeuge und Zugänge ein, die ihnen – etwa durch ihre parlamentarische Verankerung – zur Verfügung stehen. Die AfD betreibt als steuergeldfinanzierte und daher finanzstarke Partei aufwändigere Recherchen über Gegner*innen, stellt parlamentarische Anfragen und greift ihr missliebige Organisationen in Parlament und Medien an.

Extrem rechte und verschwörungsideo-logische Gruppen organisieren Proteste gegen Organisationen und Veranstaltungen, die, wie Lesungen von Drag-Queens, nicht in ihr Weltbild passen. Die Finanzierungs- und Vernetzungsorganisation „Ein Prozent“ verbreitet in Podcasts und Handreichungen Tipps zum Vorgehen gegen „linke Netzwerke“ und zeigt, wie man Vereine beim Finanzamt anschwärzen kann. Etablierte extrem rechte Online-Plattformen wie „PI-News“, „Deutschland-Kurier“, „Journalistenwatch“ und „Epoch-times“ spielen mit großen Reichweiten und pseudojournalistischer Stimmungsmache oft eine wichtige Rolle für Angriffe gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Diese finden immer mindestens teilweise im Internet statt, wo die AfD auf sozialen Medien stark überrepräsentiert ist, ihre Anhänger*innen ungefiltert erreicht und seit Jahren mit Feindbildern füttert.

Aus ihrer permanenten Opferrolleninszenierung heraus, nimmt die extreme Rechte ihr missliebige zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufs Korn. Auf diese Angriffe gilt es, sich vorzubereiten, denn nur so kann von demokratischer Seite ein angemessener Umgang mit einer extrem rechten Agitation gefunden werden, die in Umfang und Qualität alles bisher in der Bundesrepublik Bekannte in den Schatten stellt.

Neben nicht-rechten Parteien, Kirchen und staatlichen Akteur*innen, zielt die extreme Rechte mit solchen Angriffen in erster Linie auf die demokratische Zivilgesellschaft.

ANGRIFFE AUF DIE ZIVILGESELLSCHAFT



Muslim*innen sind eine der Gruppen, auf welche die Angriffe der extremen Rechten abzielen. Foto: firm

Die extreme Rechte nimmt bei ihren Angriffen alle Teile der Zivilgesellschaft ins Visier, die sich nicht ihren Vorstellungen gemäß verhalten. Zurzeit sind dies meistens, aber nicht ausschließlich:

- Akteur*innen, die sich kritisch mit der extremen Rechten auseinandersetzen
- Akteur*innen der Geflüchtetenarbeit
- Akteur*innen, die LGBTQI-Personen und Frauen unterstützen
- (Kritische) Journalist*innen
- Bildungseinrichtungen, Träger*innen der politischen und historischen Bildung
- Gedenkorte
- Kultureinrichtungen wie z.B. Theater
- Gewerkschafter*innen
- Muslimische Gemeinden, Organisationen und Einrichtungen

Die Vorstellung, man könne durch einen unkritischen Umgang mit der extremen Rechten, solche Angriffe vermeiden, ist eine trügerische Illusion: Sie nimmt etwa eine proaktive Positionierung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder das Aufhängen einer Regenbogenfahne lediglich zum Anlass, um gegen eine Einrichtung vorzugehen.

Der Grund für ihre Angriffe ist aber schlicht die Existenz von Akteur*innen, die nicht in ihre Vorstellung der Gesellschaft passen. Diese geht sie an, um sie an ihrer Arbeit zu hindern und langfristig auszuschalten oder im eigenen Sinne zu vereinnahmen.

ANGRIFFE AUS DER OPFERROLLE

Die Inszenierung als vermeintliches Opfer politischer Gegner*innen ist Grundlage vieler extrem rechter Positionen, insbesondere im Rahmen von Angriffen auf die Zivilgesellschaft. Um auch drastische Anfeindungen und perfide Anwürfe zu rechtfertigen, stellt sich die extreme Rechte als zu Unrecht verfolgter und ausgegrenzter politischer Akteur dar. Dabei unterschlägt sie bewusst, dass es für demokratische Akteur*innen gute Gründe für eine klare Haltung gegenüber einer erstarkenden extremen Rechten gibt, die mit Ausgrenzung und Ungleichwertigkeitsvorstellungen die Gesellschaft umformen möchte.

Die Opferinszenierung ist eine rein strategische Figur, derer sich die extreme Rechte bedient. Neben der Rechtfertigung ihrer Angriffe nutzt sie diese auch, um sich Gehör und Anschlussfähigkeit in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Sie lenkt damit von der eigenen politischen Verortung ab und erhält vermehrt Zugang zu diskursiven Räumen von Demokrat*innen, die der extremen Rechten aus gutem Grund in der Vergangenheit verschlossen geblieben waren.

Die immense Herausforderung in Form einer sozialen Bewegung von rechts zu ignorieren, ist für die Zivilgesellschaft keine Option. Es braucht vielmehr eine an die jeweilige Situation und das jeweilige Feld der vielfältigen Akteurslandschaft angepasste Reaktion. Im Zuge der Strategieentwicklung gilt es, dessen Spezifika im Blick zu halten, aber auch die Gemeinsamkeiten der extrem rechten Agitation - wie etwa Vorwürfe einer angeblich „ideologischen“ oder „undemokratischen“ Arbeit - mitzudenken.

VORGEHENSWEISEN

Die Angriffe der extremen Rechten auf die Zivilgesellschaft lassen folgendes idealtypisches Muster erkennen:

- Informationsbeschaffung in der Breite
- Recherche in der Tiefe
- Zielauswahl und Vorbereitung
- Aktivierung von Netzwerken
- Anfragen/Drohungen von Abgeordnetenbüros und rechten Plattformen
- Koordinierte Online-Kampagnen
- Angriffe auf Finanzierung/Forderung nach Entlassung von Personen
- Befeuierung der Kampagnen
- Wiederholung

Nach erfolgter Zielauswahl bedienen sich extrem rechte Akteur*innen ihrer Netzwerke und beginnen damit, Druck auf das Ziel auszuüben, indem sie etwa Droh- und Forderungsschreiben an Einrichtungen versenden.

Zunächst verschafft sich die extreme Rechte Informationen über zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Strukturen als Grundlage für ihre Angriffe. Hierbei greifen sie vor allem auf öffentlich zugängliche Materialien und Informationen, etwa auf Webseiten, parlamentarische Anfragen, Auskunftsersuchen bei Behörden, eigene Datensammlungen, Texte einschlägiger Internetseiten, Archive sowie Anfragen nach der Informationsfreiheitssatzung zurück.

Nach erfolgter Zielauswahl bedienen sich extrem rechte Akteur*innen ihrer Netzwerke und beginnen damit, Druck auf das Ziel auszuüben, indem sie etwa Droh- und Forderungsschreiben an Einrichtungen versenden. In diesen fordern sie zum Beispiel die Absage von missliebigen Veranstaltungen, die Unterbindung kritischer Berichterstattung oder die Einstellung von Projekten, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen. Derartige Vorstöße werden begleitet von Beiträgen rechter Online-Plattformen. Diese Seiten geben meist vor, journalistisch zu arbeiten und tarnen so ihre extrem rechte Agitation als vermeintliche Berichterstattung. Da viele davon über zehntausende oder hunderttausende Leser*innen verfügen und sich gegenseitig mit Beiträgen zuarbeiten, gewinnen diese Vorstöße schnell an Intensität.

Die Beiträge zielen meist darauf ab, Arbeitsweise, Ruf, Professionalität und letztlich Legitimation der Angegriffenen mit Vorwürfen in Frage zu stellen und so weit wie möglich zu zerstören. Die Leser*innen tragen die Angriffe in die Kommentarspalten und auf die Social-Media-Profil der Betroffenen, die häufig mit einer großen Anzahl von Hasskommentaren überzogen werden. Wenn ab einem gewissen Zeitpunkt Medien beginnen, diese Themensetzungen aus den rechten Echokammern aufzugreifen, haben die Angriffe längst eine neue Qualität erreicht.

Mit immer neuen Beiträgen, Videos, Interviews, Anfragen, Anträgen und politischen Vorstößen befeuern extrem rechte Akteur*innen diese Kampagnen nach Kräften und wiederholen sie, wenn möglich. Die Anschuldigungen gegen Projekte – als Beispiel sei hier der Vorwurf erwähnt, Heranwachsende durch politische Bildungsangebote „ideologisch“ zu „indoktrinieren“ – werden so der Leser*innenschaft rechter Online-Plattformen immer und immer wieder präsentiert und zivilgesellschaftliche Akteur*innen als Feindbilder aufgebaut.

The screenshot shows a web-based parliamentary inquiry (Schriftliche Anfrage) titled "Drucksache 19/8226". The inquiry is addressed to the Minister of Agriculture, Harald Meudgeier, Ralf Städler, and Christin Gmeck, and was submitted on 26.07.2025. The document is dated 03.11.2025 and is part of the 19th legislative period. The inquiry is about the support of non-governmental organizations by the state government through agricultural funds. The document consists of six pages of questions and their answers, with page numbers 1 through 6 visible on the left side of the screen. The right side contains the formal header of the Bavarian State Parliament (Bayerischer Landtag), the date, the inquiry number, and the title of the document.

Mit Parlamentarischen Anfragen verschafft sich die AfD Informationen über zivilgesellschaftliche Organisationen. Screenshot: firm

Auf den Online-Auftritten bzw. Social-Media-Seiten der Betroffenen werden diese Leser*innen anschließend häufig selbst aktiv und tragen die Angriffe mit Beschimpfungen, Falschbehauptungen und Drohungen in die Kommentarspalten.

Aufgrund der verstärkten parlamentarischen Verankerung extrem rechter Akteur*innen haben diese Zugriff auf Werkzeuge wie Parlamentarische Anfragen und eine drastisch gestiegene Ressourcenausstattung mit Mitarbeitendenstäben, umfangreichen Budgets und leider vermehrt auch Zugang zu medialen Diskursen.

Das Vorgehen der extremen Rechten hat sich daher in den vergangenen Jahren sichtlich professionalisiert, so werden etwa verschiedene Mittel wie Anfragen, Dienstaufsichtsbeschwerden, Pressemitteilungen, Redebeiträge und Videos in konzertierter Form für Angriffe auf die Zivilgesellschaft verwendet. Die AfD gibt ihre Anfragen zu Gegner*innen unter den Landesverbänden weiter und stellt sie in kaum abgewandelter Form in unterschiedlichen Landtagen. Über Methoden und Strategien der Angriffe tauschen sich extrem rechte Akteur*innen im ganzen Bundesgebiet aus und verfeinern ihre Vorgehensweisen. Letztlich zielen solche Attacken stets auf strukturelle Folgen für die angegriffenen Akteur*innen:

Erst wenn etwa die Finanzierung für Einrichtungen, die nicht in ihrem Sinne arbeiten, beendet wurde, oder Personen, die sich nicht nach ihren Vorstellungen verhalten, ihre Tätigkeit aufgeben müssen, betrachtet die extreme Rechte einen derartigen Angriff als endgültigen Erfolg.

Über Methoden und Strategien der Angriffe tauschen sich extrem rechte Akteur*innen im ganzen Bundesgebiet aus und verfeinern ihre Vorgehensweisen.

einprozent.de/einigungsfreiheit/einprozent-gemeinnuetzigkeit-so geht es/5225

EINPROZENT über uns Blog Film Projekte Milmachen Fordermitglied Spenden Material Mein Prozent Suchen

Ansatzpunkt Gemeinnützigkeit: So geht es!

26. JUNI 2024

**Gemeinnützigkeit:
So wehrt ihr euch
gegen linke Vereine**

In einem offenen Brief an Karinier Göttsche beklagen sich rund 100 linke Vereine und Institutionen darüber, dass ihre Arbeit erschwert wird – im zunehmenden Maße wehren sich nämlich Betroffene gegen die undemokratischen Aktionen dieser Vereine. Diese Organisationen rüchten nun um ihre lukrative Gemeinnützigkeit und fordern eine Gesetzesänderung, um den „Kampf gegen rechts“ fortsetzen zu können. Es ist an der Zeit, diese politische Selbstverteidigung auszuweiten und eine mögliche Änderung der Gesetzeslage zu unseren Gunsten zu nutzen. Wir zeigen euch, wie das funktionieren könnte.

Hintergrund

Worum geht es bei der Anerkennung der Gemeinnützigkeit? Ziel ist es, im Kampf David gegen Goliath intelligent und effektiv zurückzuschlagen. Das mächtige Käppel aus Politik, Medien und „Zivilgesellschaft“ finanziert seinen Kampf gegen Anderen denken aus Steuermitteln. Der Status „gemeinnützig“ erlaubt es diesen Vereinen, u. a. Spendenguthaben auszunutzen und von Steuerbefreiungen zu profitieren.

Die extrem rechte Organisation „Ein Prozent“ gibt auf ihrer Internetseite Tipps für das Vorgehen gegen gemeinnützige Vereine, die ihr ein Dorn im Auge sind. Screenshot: firm

[afd-muenchen-sued.de/keine-unterstuetzung-fuer-pseudotoleranz/?cn-reloaded=1](https://afd-muenchen-sued.de/keine-unterstuetzung-fuer-pseudotoleranz/)

AfD München Süd Startseite Kreisverband Mandatsträger Partei Meinungsfreiheit Kontakt

Klartext aus dem Landtag

"München ist Bunt"
darf nicht
gemeinnützig
bleiben!

LANDTAG BAYERN AfD

München ist bunt!
Was zum Henkel..?

Mit seinem Versuch, dem Verein "München ist bunt" die Gemeinnützigkeit entziehen zu lassen, inszenierte sich 2022 der damalige AfD-Abgeordnete Ulrich Henkel als Kämpfer gegen politische Gegner*innen. Screenshot: firm

Keine Unterstützung für Pseudotoleranz!

Der Verein München ist Bunt e.V. firmiert als Verein für Toleranz und gegen Racismus. Das alles deckt sich mit der Agenda der AfD, nur stimmt es halt einfach nicht. Deshalb haben wir am 5.12.22 die Gemeinnützigkeit und damit die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden an diesen Verein gegenüber der Finanzbehörde angefochten, sprich zur Überprüfung von Amts wegen angezeigt und dazu unzulässige Dokumente vorgelegt, die beweisen, dass dieser Verein sich politisch betätigt und dies vor allem gegen die AfD. Von Toleranz ist da absolut nichts zu spüren, und wer Politiker, die nachgewiesener, unzweifelhaft migranistische Gewalt beklagen, oder in den Parlamenten gegen eine ungestoppte Zuwendung in die Sozialsysteme eingehen, als Rassisten bezeichnet und glaubt sie deshalb bekämpfen zu dürfen, der darf eben nicht mehr vom Steuerprivileg der Gemeinnützigkeit profitieren. So wie bei Campact e.V. auch schon geschehen, muss dieses Privileg also fallen.

Klartext aus dem Landtag

"München ist Bunt"

SCHLUSSFOLGERUNGEN



Den Einsatz für eine vielfältige weltoffene Gesellschaft möchte die extreme Rechte unterbinden. Foto: firm



Für zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Bayern ist es keine Frage, ob sie Ziel eines Angriffes durch die extreme Rechte werden, sondern wann.

FÜR KOMMUNALFINANZIERTE PROJEKTE GILT DAS IN MÜNCHEN AB MÄRZ 2026 NOCH EINMAL MEHR.

- Für die extreme Rechte in Bayern sind Angriffe auf Akteur*innen der Zivilgesellschaft integraler Bestandteil ihrer Aktivitäten.
- Zurzeit stehen besonders zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die LGBTQI-Menschen unterstützen oder zum Thema LGBTQI arbeiten, Geflüchtete begleiten, sich kritisch mit der extremen Rechten beschäftigen oder politische beziehungsweise historische Bildung anbieten sowie Journalist*innen und Kultур-einrichtungen im Fokus rechter Angriffe.
- Die extreme Rechte greift bei diesen Angriffen auf eine stark gewachsene Ressourcenausstattung, professionalisierte Strukturen und ein breites Netzwerk von Akteur*innen mit spezifischen Aktionsfeldern zurück.

VORBEREITUNGEN

Die Auseinandersetzung mit den Angriffen der Netzwerke der extremen Rechten erfordert eine gründliche Vorbereitung. Für diese werden im Folgenden nach drei Bereichen aufgeschlüsselt Handlungsempfehlungen dargestellt.

STRUKTURELLE VORBEREITUNGEN

Die strukturellen Vorbereitungen nehmen die rechtlichen Grundlagen sowie die internen Abläufe und Strukturen in den Blick:

- Planen Sie Ressourcen für die Auseinandersetzung mit den Angriffen von rechts ein. Sie sind eine neue Herausforderung, welche die Zivilgesellschaft bewältigen muss. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen müssen hierfür angemessene Kapazitäten bereitstellen.
- Stellen Sie sicher, dass Sie von Angriffen auf Ihre Einrichtung möglichst früh erfahren. Schaffen Sie Möglichkeiten für eine interne Problem-anzeige und einen Austausch in ihrer Einrichtung.

- Besprechen Sie die internen Zuständigkeiten und Abläufe im Falle eines Angriffes extrem rechter Akteur*innen. Hierbei sind wichtige Aspekte:
 - Der interne Informationsaustausch: Sind alle Mitarbeitenden über die Situation mit Blick auf mögliche Angriffe der extremen Rechten informiert? Gibt es einen geregelten Informationsfluss für den Fall, dass Mitarbeitende einen solchen Angriff bemerken? Wissen alle Teile der Organisation, etwa alle Untergliederungen oder Einrichtungen, Bescheid? Gibt es intern weiteren Klärungsbedarf?
 - Die internen Abläufe für Abstimmungen und Entscheidungen über das gemeinsame Vorgehen: Wer übernimmt welche Aufgaben? Welche zeitlichen und finanziellen Ressourcen gibt es für die Bearbeitung? Wie werden Entscheidungen getroffen? Wie erfolgen mögliche juristische Abwägungen? Wie ist es um den Rechtsschutz für Mitarbeitende bestellt? Gibt es interne Reflexionsmöglichkeiten, um sich aus-zutauschen?

- **Die Koordination mit Zuschussgeber*innen bzw. Steuerungsstellen hinsichtlich des Vorgehens bei Angriffen:** Ist der gegenseitige Kontakt für den Fall von Angriffen ausreichend? Sind Zuschussgeber*innen bzw. Steuerungsstelle über die Bedrohung durch die extreme Rechte informiert? Können diese Ihre Einrichtung in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten unterstützen, etwa bei der frühzeitigen Erkennung von Angriffen durch parlamentarische Anfragen?
- **Die Regelungen in Ihrer Satzung:** Wozu verpflichtet Ihre Satzung Ihre Einrichtung zum Beispiel bezüglich der Aufnahme neuer Vereinsmitglieder? Hat Ihre Einrichtung eine Satzung, die als Argumentationsgrundlage für Absagen an extrem rechte Akteur*innen bei Veranstaltungen und Anmietungen dienen kann? Könnte die Satzung extrem rechten Akteur*innen Angriffs-punkte oder Einfallstore bieten?
- **Die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit Ihrer Einrichtung:** Sichten Sie Zugangsbedingungen für Räumlichkeiten, Miet- und Nutzungsverträge, Hausordnungen, Community-Guidelines, Veranstaltungsregelungen, und ähnliche grundlegende Vorgaben. Welche Regelungen für Leistungs- und Zugangsverweigerungen sehen diese vor? Wozu verpflichten Sie diese Vorgaben gegenüber Dritten? Sollten diese rechtlichen Grundlagen an die Bedrohung durch Angriffe der extremen Rechten angepasst werden?
- **Die Gestaltung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:** Wer ist in die Abstimmung von Veröffentlichungen eingebunden? Sind die für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Mitarbeitenden auf die neue Herausforderung vorbereitet? Sind sie über die Strategien vermeintlicher rechter Journalist*innen und Medien-Aktivist*innen informiert? Verfügt Ihre Einrichtung über passende Medienkontakte?
- **Ihre Präsenz im Internet und Ihren Umgang mit persönlichen Daten online:** Welche Informationen machen Sie dort öffentlich? Sind Mitarbeitende ausreichend geschützt? Wäre etwa eine Auskunftssperre nach § 51 Abs. 1 Bundesmeldegesetz sinnvoll? Sind die Personen, die Ihre Online-Auftritte betreuen, über die Herausforderungen durch extrem rechte Angriffe vorbereitet? Erleichtern Sie der extremen Rechten unter Umständen mit ihrem Online-Auftritt die Informationsbeschaffung für weitere Angriffe?
- **Der Informationsaustausch mit externen Partner*innen:** Mit welchen Partner*innen informieren Sie sich gegenseitig über Angriffe? Wie gestalten Sie die Kommunikation? Nutzen Sie hierfür etwa bestehende Netzwerke oder Bündnisse?
- **Die Abstimmung eines möglichen gemeinsamen Vorgehens mit externen Partner*innen:** Wie können Sie zu einem gemeinsamen Umgang mit extrem rechten Angriffen beitragen? Wie vernetzen Sie sich langfristig zu diesem Thema mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen?

■ **Die Veranstaltungsplanung:**

Überlegen Sie, besonders wenn es um Veranstaltungen zu Themen geht, welche die extreme Rechte oft aufgreift - zurzeit z. B. Muslim*innen, Geflüchtete, Migration und geschlechtliche und sexuelle Vielfalt und besonders Trans*-Menschen, wie Sie eine konstruktive und für Betroffene angemessene Atmosphäre herstellen und eine etwaige Instrumentalisierung und Vereinnahmung durch extrem rechte Akteur*innen verhindern können. Gibt es die Möglichkeit eines Einlassvorbehaltes? Ist die Moderation auf entsprechende Einwürfe und Störungen vorbereitet? Wie wird die Interaktion mit dem Publikum aussehen? Wird dabei etwa das Mikrofon aus der Hand gegeben? ¹

Arbeiten Sie auf der Grundlage dieser Überlegungen einen Ablaufplan für Angriffe rechter Akteur*innen aus und kommunizieren Sie ihn in Ihrer Einrichtung bzw. Ihrem Projekt.

Rufen Sie ihn den Mitarbeitenden periodisch wieder in das Bewusstsein und machen Sie ihn zu einem Teil der Einführung neuer Mitarbeitender.

Profitieren Sie von Erfahrungen anderer Akteur*innen in ihrem Feld, etwa in anderen Bundesländern.

Tauschen Sie sich mit Kolleg*innen über deren Erfahrungen im Umgang mit Angriffen der extremen Rechten aus!



Das Eintreten für demokratische Werte ist in Zeiten einer erstarkenden extremen Rechten besonders wichtig. Foto: firm

¹ Mehr Informationen zu diesem Thema bietet auch eine Broschüre der Fachstelle für Demokratie München abrufbar unter <https://bit.ly/2QyA1Sh>



ANGRIFFE AUF DIE GEMEINNÜTZIGKEIT

Nach mehreren Urteilen, die Organisationen wie Attac aufgrund deren Einsatz gegen die extreme Rechte, die Gemeinnützigkeit abgerkannten, haben einschlägige Akteure es zur Strategie gemacht, ihnen missliebige Vereine bei dem Finanzamt anzuschwärzen.

Sie sammeln Informationen über die Aktivitäten der Vereine und schicken diese an die Behörden, in der Hoffnung, dass sie in deren Augen nicht von den Gemeinnützigkeitszwecken gedeckt sind, die der Verein in Anspruch nimmt.

Der mögliche Wegfall der Befreiung von Körperschafts-, Gewerbe- und teilweise Umsatzsteuer und vor allem der Möglichkeit, Spendenquittungen auszustellen, bedroht viele Betroffene in ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Die Bedrohung sorgt außerdem in einigen Fällen für eine „Schere im Kopf“, weil die Betroffenen Angst haben, sich – etwa durch Protestaktionen – zu exponieren. Die Gemeinnützigkeitszwecke müssen dringend erweitert und das Gemeinnützigkeitsrecht gegen Angriffe von Rechts abgesichert werden.²

TIPPS ZUM UMGANG MIT DIESEN ANGRIFFEN

- Die eigenen Gemeinnützigkeitszwecke kennen und ggf. um neue erweitern
- Bei Aktionen gegen rechts auf eine schlüssige Begründung mit Blick auf die Zwecke achten
- Beratung bei geeigneten Anlaufstellen wie der Mobilen Beratung einholen

² Siehe hierzu auch die Seite der Allianz Rechtssicherheit für die politische Willensbildung: www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de

INFORMATIONELLE VORBEREITUNGEN

Um mit Angriffen der extremen Rechten umgehen zu können, ist eine gute Informationsgrundlage unerlässlich:

- **Halten Sie sich über die Aktivitäten, Methoden, Themen, Strategien, Netzwerke und Akteur*innen der extremen Rechten auf dem Laufenden.**

Nutzen Sie hierfür die bestehenden Informationsmöglichkeiten, wie das Angebot des kommunalen Netzwerkes gegen Rechtsextremismus, Rassismus, religiöse Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

- **Informieren Sie sich über die Positionen und Aktivitäten extrem rechter Akteur*innen in Ihrem fachlichen und örtlichen Umfeld.** Wie stehen diese bundes- und bayernweit zu Ihren Kernthemen? Wie positionieren sich die lokalen extrem rechten Akteur*innen?

- **Begreifen Sie extrem rechte Akteur*innen hierbei stets als Teil von ideologischen und organisatorischen Netzwerken, die auch über Organisations- und Parteidgrenzen hinweg arbeitsteilig und abgestimmt zusammenarbeiten.**

- **Bleiben Sie mit Kolleg*innen im Austausch über die Aktivitäten extrem rechter Akteur*innen auf ihrem Feld.** Halten Sie sich auch über die angewandten Gegenstrategien und aktuelle Positionierungen anderer Akteur*innen im Umgang mit der extremen Rechten auf dem Laufenden. So kann etwa die Positionierung des Arbeitskreises G5 der landeszentralen Träger der Jugendarbeit in NRW zur Instrumentalisierung des Neutralitätsbegriffs in der Bildungsarbeit auch für Akteur*innen der Jugendarbeit in München Anregungen für das eigene Vorgehen geben.³

Die extreme Rechte gibt mitunter aus strategischen Gründen vor, an einem demokratischen Dialog interessiert zu sein. In Wahrheit möchte sie diesen lediglich instrumentell als Bühne zur Verbreitung der eigenen Narrative und letztlich für die Übernahme von Diskurs und Gesellschaft nutzen. An einem eigentlichen dialogischen Austausch hat sie kein Interesse.

³ Stellungnahme des Arbeitskreises G5 zur Anhörung zur Drucksache 18/13826, 2025:
<https://kurzlinks.de/h39v>

DISKURSIVE VORBEREITUNGEN

Mit dem Vordringen der extremen Rechten in gesellschaftliche Räume, die ihr zuvor verschlossen geblieben waren, wird auch die diskursive Auseinandersetzung mit ihren Positionen wichtiger. Hierbei gilt es allerdings unbedingt zu beachten: Die extreme Rechte gibt mittlerweile aus strategischen Gründen vor, an einem demokratischen Dialog interessiert zu sein. In Wahrheit möchte sie diesen lediglich instrumentell als Bühne zur Verbreitung der eigenen Narrative und letztlich für die Übernahme von Diskurs und Gesellschaft nutzen. An einem eigentlichen dialogischen Austausch hat sie kein Interesse. Extrem rechten Akteur*innen, welche die Gleichwertigkeit aller Menschen und universelle demokratische Werte ablehnen, eine Bühne zu bieten, nutzt daher ausschließlich deren Zwecken und verschließt diese Räume für alle Betroffenen extrem rechter Ausgrenzungen und Anfeindungen.

Der Austausch über die gesellschaftliche Bedrohung durch die extreme Rechte sollte ausschließlich zwischen Demokrat*innen unter Einschluss der Perspektiven von Betroffenen und ggf. Expert*innen stattfinden. Diese müssen über die extreme Rechte und deren Themen und Strategien sprechen - nicht aber mit ihr. Um Menschen, die mit extrem rechten Positionen liebäugeln, zu überzeugen, kann eine Diskussion über Art und Folgen solcher Positionen sinnvoll sein - wenn Kapazitäten und Sicherheitsabwägungen dies zulassen.

Hinsichtlich extrem rechter Angriffe auf die Zivilgesellschaft gilt es, sich auf die Auseinandersetzung mit den zu

erwartenden diskursiven Strategien und Narrativen vorzubereiten. Dieser meist mediale Dialog sollte mit der Öffentlichkeit, aber niemals mit Akteur*innen der extremen Rechten selbst geführt werden! Plurale offene Gremien müssen sich ebenfalls darauf vorbereiten, dass derartige Opponent*innen getarnt als Mitspieler*innen Einzug halten werden.

■ **Stellen Sie sicher, dass es eine ausformulierte normative Grundlage - zum Beispiel eine eigene Erklärung, ein Leitbild oder eine Satzung - für Ihre Arbeit gibt.** Diese sollte die konkreten Folgerungen für die eigene Tätigkeit unzweideutig benennen, damit sie als normative Richtschnur und professionelle Selbstvergewisserung im Umgang mit extrem rechten Akteur*innen, aber auch als Argumentationsgrundlage in Debatten über deren Anfeindungen dienen kann. Hierbei könnte etwa ein deutlicher Bezug auf Menschenrechte als Arbeitsgrundlage nützlich sein.

■ **Wenn Sie die bestehende(n) Grundlage(n) ergänzen möchten, kann sich hierfür auch ein dialogischer Prozess mit anderen Projekten oder Partner*innen anbieten.**

Eine Option könnte etwa eine gemeinsame Erklärung von Akteur*innen in ihrem Arbeitsfeld bieten, welche die gemeinsame Position hinsichtlich der extremen Rechten verdeutlicht.

■ **Bereiten Sie sich darauf vor, die eigene Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit argumentativ gegen typische extrem rechte Angriffe und deren Schlüsselnarrative zu verteidigen.**

Holen Sie sich hierfür ggf. Hilfe von externen Partner*innen: Was antworten

Sie, wenn Ihre Einrichtung als „ideologisch voreingenommen“ oder „links-extrem“ diffamiert wird? Wie begegnen Sie Vorwürfen, Sie wären in Ihrer Arbeit „nicht neutral“? Wie brechen Sie die Pauschalisierungen und Vereinfachungen der extremen Rechten auf? Wie können Sie Empathie und Zusammenhalt als wichtige Ressourcen einer friedlichen Gesellschaft gegenüber extrem rechten Positionen starkmachen?

- **Machen Sie sich mit der Sprache der extremen Rechten vertraut, die Positivkategorien wie „bürgerlich“, „patriotisch“, „vernünftig“, „pragmatisch“ und „demokratisch“ sowie Negativkategorien wie „ideologisch“ und „linksextrem“ strategisch im eigenen Sinne umdeutet und gegen zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Stellung bringt.**
- **Machen Sie sich mit den Mustern, Strategien, Narrativen und Dynamiken von Angriffen beispielsweise durch die AfD vertraut, damit Sie diese aufzeigen, durchkreuzen und öffentlich benennen können. Lassen Sie etwa keine extrem rechte Täter-Opfer-Umkehr zu. Zeigen Sie die strategischen „Linksextremismus“-Vorwürfe auf, hinterfragen Sie vermeintliche Neutralitätsgebote und antworten Sie auf extrem rechte Gleichsetzungen, zum Beispiel zwischen der Bundesrepublik und der DDR.**
- **Kommunikationsgegenüber ist dabei stets die Öffentlichkeit. Auf den Versuch, die extreme Rechte zu überzeugen, sollten Sie keine Energien verschwenden. Ihr geht es um eine Aneignung der Diskurse, die sie in**
- **ihrer Sinne rein strategisch als Machtmittel verwendet. Sie möchte als Gesprächspartner*in in einem demokratischen Diskurs anerkannt (und damit missverstanden) werden. An einem eigentlichen Austausch hat sie kein Interesse.**
- **Erkennen Sie die Angriffe der extremen Rechten als Teil einer politischen Offensive in deren Kontext alle Attacken verstanden und gesetzt werden sollten. Hinter den Angriffen auf die Zivilgesellschaft stehen weitergehende extrem rechte Narrative (z.B. „LGBTQI-Personen unterwandern mit Netzwerken die Jugendarbeit, um Heranwachsende zu missbrauchen“) und Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft - auch wenn es zunächst vordergründig um kleinere Zusammenhänge wie eine einzelne Einrichtung oder Veranstaltung geht.**
- **Prüfen Sie die proaktive Kommunikation Ihrer Einrichtung nach außen:** Eine positive öffentliche Präsenz und die aktive Vermittlung ihrer Arbeit sowie deren normativer Grundlagen kann im Falle späterer extrem rechter Angriffe hilfreich sein. So sind Sie öffentlich bereits sichtbarer und können sich auf die vorangegangenen Positionierungen beziehen.
- **Inwiefern gehört die Auseinandersetzung mit rechten Ideologien und Aktivitäten zu den Aufgaben und Zielen Ihrer Arbeit?** Wie können Sie diese stärken? Wie können Sie etwa in eigenen Konzepten in der kulturpädagogischen Arbeit die politische Aushandlung über den Umgang mit Muslim*innen aufgreifen?

REAKTIONEN AUF ANGRIFFE

Die Reaktionen auf Angriffe extrem rechter Akteur*innen können deren Wirkung maßgeblich beeinflussen. Zunächst muss hierbei stets der Schutz von Personen und Einrichtungen im Mittelpunkt stehen.

- **Schützen Sie betroffene Einrichtungen und Personen vor rechten Bloßstellungen (etwa Doxing auf rechten Plattformen) und Angriffen.**
- **Dokumentieren Sie Angriffe inklusive aller Spuren (etwa: Materialeinwürfe, E-Mails, Beiträge, Anfragen, Anrufe und Nachrichten) so genau wie möglich.**
Verfassen Sie ein Gedächtnisprotokoll und führen Sie dieses wenn nötig fort.⁴
- **Leiten Sie – wenn gewünscht und möglich – rechtliche Schritte, etwa gegen Diffamierungen und Falschdarstellungen in den Texten rechter Online-Plattformen ein.**
- **Informieren Sie Andere und möglichst auch die Öffentlichkeit über die Angriffe gegen Ihre Einrichtung.**
- **Solidarisieren Sie sich offensiv mit anderen Betroffenen rechter Angriffe.** Suchen Sie bei Angriffen den Austausch mit anderen Akteur*innen, formulieren Sie wenn möglich gemeinsam eine besonnene, aber bestimmte Reaktion.
- **Angriffe und besonders Anfragen können mitunter zivilgesellschaftliche Einrichtungen durch den mit ihrer Antwort verbundenen Aufwand in ihrer Arbeit lähmeln.** Kommunizieren Sie diese Problemlagen an Fördergeber*innen oder Steuerungsstelle und suchen Sie gemeinsam nach Lösungen.
- **Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteur*innen verengen effektiv die Spielräume der extremen Rechten.** Es braucht eine proaktive Zivilgesellschaft, um einer Normalisierung extrem rechter Positionen und Akteur*innen entgegenzutreten. Vernetzungsgremien als Strukturen, welche die vielfältige und sich stetig weiter entwickelnde Akteurslandschaft zusammenbringen, kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Gegenüber einer erstarkten extremen Rechten können zivilgesellschaftliche Akteur*innen mit einer eindeutigen Positionierung ein Zeichen setzen, das Betroffene unterstützt und die Auseinandersetzung für andere Akteur*innen erleichtert.

⁴Eine Anleitung dazu, wie Sie rechtssichere Screenshots anfertigen, finden Sie hier:
<https://verband-brg.de/rechtssichere-screenshots/>

POSITIONEN BEZIEHEN

Gegenüber einer erstarkten extremen Rechten können zivilgesellschaftliche Akteur*innen mit einer eindeutigen Positionierung ein Zeichen setzen, das Betroffene unterstützt und die Auseinandersetzung für andere Akteur*innen erleichtert.

- **Eine Abgrenzung von extrem rechten Akteur*innen, etwa durch eine Absage an Auftritte, Besuche und Kooperationen, sollte möglichst offensiv vertreten werden.**
- **Gestalten Sie als Einrichtung die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten etwa um deren Einordnung aktiv mit.**
Teilen Sie Ihre Perspektive auf die politische Bewertung extrem rechter Akteur*innen wenn möglich öffentlich!
- **Verhindern Sie durch die ausdauernde Benennung und Problematisierung extrem rechter Positionen und Akteur*innen deren Normalisierung.**
- **Treten Sie inhaltlichen und sprachlichen Ausfällen von extrem rechten Akteur*innen konsequent entgegen.**
- **Nehmen Sie die Perspektive von Betroffenen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit wahr und ernst.** Lassen Sie diese auch in Ihre Arbeit einfließen, indem Sie etwa deutliche Zeichen gegen Ausgrenzung und Abwertung setzen.
- **Beobachten Sie, wie durch die Anwesenheit der extremen Rechten, die Räume und Zugänge für andere Akteur*innen beeinflusst werden.**
Stellen Sie sich immer wieder die Frage, wie Regelungen und Situationen auf Betroffene von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirken.
- **Bleiben Sie im Austausch zu der Herausforderung der Zivilgesellschaft durch die extreme Rechte, nutzen Sie vorhandene Netzwerke und Ressourcen – die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München unterstützt Sie gerne, besonders hinsichtlich der informationellen Vorbereitung.**



Gemeinsam gegen die extreme Rechte: Zusammenhalt ist ein wirkungsvolles Werkzeug gegen ihre Angriffe. Foto: firm

Die extreme Rechte möchte die soziale und politische Landschaft in Deutschland grundlegend in ihrem Sinne verändern, es liegt in erster Linie an der demokratischen Zivilgesellschaft, ob ihr das gelingt. Mit einer gründlichen Vorbereitung, belastbarem Schutz für Betroffene, einem intensiven Austausch und aktiver Solidarität können zivilgesellschaftliche Akteur*innen ihren Angriffen wirkungsvoll begegnen und für eine menschenwürdige Gesellschaft eintreten.

ANLAUFSTELLEN IN MÜNCHEN

Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm)

firm@feierwerk.de
Tel.: 089/46133090
www.089-gegen-rechts.de
www.muenchen-chronik.de

Mobile Beratung gegen Rechts- extremismus in Bayern, Büro Süd

mb-sued@lks-bayern.de
Tel.: 08092/2509955
[www.lks-bayern.de/ueber-uns/
mobile-beratung](http://www.lks-bayern.de/ueber-uns/mobile-beratung)

Fachstelle für Demokratie München

fgr@muenchen.de
Tel.: 089/23392642
www.muenchen.de/demokratie

BEFORE e.V. - Unterstützung für Betroffene bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt

kontakt@before-muenchen.de
Tel.: 089/46224670
www.before-muenchen.de

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS)

info@rias-bayern.de
Tel.: 0162/2951961
www.rias-bayern.de

Netzwerk demokratische Bildung

Demokratische-bildung@agfp.de
Tel.: 089/6518222
[www.agfp.de/netzwerkdemokratische-
bildung](http://www.agfp.de/netzwerkdemokratische-bildung)

RESSOURCEN

Handreichungen zu Angriffen auf die Gemeinnützigkeit

www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/direkte-hilfe/handreichungen/

Mobile Beratung Berlin

Aktualisierte Neuauflage der Broschüre

„Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“ -

Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien
in Parlamenten und Kommunen“

www.berlin-weltoffen.de/wp-content/uploads/2017/12/BMB_landzurueck_web.pdf

„Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen
Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen“

https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/mbr_broschuere_wachsam-sein_Web_klein.pdf

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Broschüre „Im Fokus von Neonazis – Rechte Einschüchterungsversuche“

www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/VBRG_Ratgeber_Im-Fokus-von-Neonazis-2018_web.pdf

„Was tun nach einem rechten, rassistischen oder antisemitischen Angriff?“

https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/VBRG_Was-tun_final_web.pdf

„Rechte Angriffe im Netz. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen“

https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2021/06/WEB_Rechte_Angriffe_im_Netz_170x240.pdf



V.i.S.d.P. Anne Wild

Feierwerk e.V.
Fachinformationsstelle
Rechtsextremismus München (firm)

Hansastraße 39-41
81373 München

firm@feierwerk.de
www.feierwerk.de/firm

Dezember 2025

